

Projekttitel: Gefährliche Luft: Umwelt, Gesundheit und Politik im Verschmutzungshotspot
Čeljabinsk (1945-2021)

Projektleitung: Prof. Dr. Klaus Gestwa, Dr. Marc Elie (Paris)

Projektbearbeiterin: Prof. Dr. Olga Nikonova

Das Gebiet Čeljabinsk eignet sich als hochkontaminierte Industrieregion des Südurals in besonderer Weise, um den Zusammenhang zwischen Umweltverschmutzung und menschlicher Gesundheit zu untersuchen. Es handelt sich auch um einen exemplarischen Fall dafür, wie durch die fortschreitende Industrialisierung in der Russischen Föderation industrielle Ballungsräume entstanden, in denen die einem massiv erhöhten Schadstoffaustausch ausgesetzten Menschen schließlich begannen, sich gegen die damit verbundenen Gesundheitsfolgen zu Wehr zu setzen. Nach den Ereignissen von Černobyl' und der gegen Ende der 1980er Jahren einsetzenden Öko-Glasnost' kam dem Umweltthema in der öffentlichen Kommunikation zunehmende Bedeutung zu. Der Druck auf die kommunalen Behörden, die Parteiorganisationen und Betriebsleitungen erhöhte sich merklich. Die Problematisierung von Fehlverhalten und Nachlässigkeit deckte die Defizite der sowjetischen Ordnung sowie die Widersprüche der Perestrojka auf und stellte damit deren Legitimität in Frage.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion brachte der schleppende Aufbau einer neuen sozialen Ordnung keine wirkliche Abhilfe. Selbst Behördenvertreter verwendeten nun regelmäßig Begriffe wie "Umweltkatastrophe". Das staatliche Komitee für Ökologie machte dafür die „hohe Konzentration umweltverschmutzender Industrien im Bereich Metallurgie, Chemie, Energie, Bergbau und Maschinenbau“ verantwortlich. Mit der boomenden Weltwirtschaft während der 2000er Jahre begann sich die Situation in der Stadt und Region Čeljabinsk noch weiter zu verschlechtern. Nach offiziellen Angaben betrug die dort damals jährlich in die Atmosphäre emittierten Schadstoffe durchschnittlich 217.979 Tonnen. In den Industriestädten des Gebiets Čeljabinsk gehören deshalb Atemwegs- und Krebserkrankungen zu den drei wichtigsten Todesursachen. Die Protestbereitschaft ist daher dort bis in die jüngste Vergangenheit hinein hoch geblieben. Über die entsprechenden öffentlichen Aktionen hat die internationale Presse wiederholt berichtet.

Mit seiner Themenstellung geht das Projekt über eine lokal begrenzte Fallstudie hinaus. Mit seinem Fokus wird es auf empirisch solider Grundlage die folgenden Forschungsfragen aufgreifen:

1. wie die öffentliche Diskussion und politische Entscheidungsfindung bei Umweltfragen in sich transformierenden autoritären Gesellschaften funktionieren;

2. wie der gesellschaftliche Ökologiediskurs das Handeln der Institutionen, Organisationen und Akteursgruppen verändert;
3. wie sich die Sorge um die Gesundheit bei der Aktualisierung von Umweltproblemen instrumentalisieren lässt;
4. wie die Kontroverse zu den Folgen von Nuklearunfällen (im Kombinat Majak) und zum Bau neuer Kernkraftwerke Politik und Gesellschaft prägt;
5. welche Deutungsmuster und Stereotypen die Umweltnarrativen bestimmen.

Im Mittelpunkt des Projekts stehen die Ansätze der politischen Ökologie, die den Blick auf den Zusammenhang von Umweltproblemen mit politischen, sozialen und wirtschaftlichen Faktoren richten.